

## Neue Zürcher Zeitung

---

### GASTKOMMENTAR

## Krieg um Nagorni Karabach: Warum verhält sich die Schweiz so zurückhaltend?

Der von der aserbaidisch-türkischen Allianz geführte Krieg gegen Nagorni Karabach löst im Ausland auffallend zurückhaltende Reaktionen aus. Diese sind einseitig von wirtschaftlichen Rücksichten geprägt. Auch die Schweiz setzt hier falsche Prioritäten.

Philipp Egger

18 Kommentare →

11.11.2020, 08.30 Uhr



Aserbaidisch ist der wichtigste Handelspartner der Schweiz im Südkaukasus und ein bedeutender Erdöllieferant, hier eine Aufnahme aus Baku.

Grigory Dukor / Reuters

Die Berichterstattung und die Beurteilung des Konflikts um die Region Nagorni Karabach beziehungsweise Arzach, wie sich diese international nicht anerkannte Republik selber nennt, sind von der aserbaidisch-türkischen Propaganda massgebend beeinflusst. Ihre Deutungshoheit setzt sie mit Drohungen gegen Personen durch, die den territorialen Anspruch Aserbaidischs auf dieses armenische Kernland infrage stellen. Zum Arsenal gehören auch Angriffe auf die Pressefreiheit. Journalisten werden eingeschüchtert und auf eine schwarze Liste gesetzt. «Aserbaidisch geht gegen Schweizer Journalisten vor», titelte etwa die «NZZ am Sonntag» Ende 2019. Die Kombination von Dominanz und Drohkulisse ist in den Medien wirksam; und die Haltung der Politik ist in auffälligem Mass einseitig von wirtschaftlichen Rücksichten geprägt.

## **Aserbaidisch mit Samthandschuhen angefasst**

Aserbaidisch ist der wichtigste Handelspartner der Schweiz im Südkaukasus und ein bedeutender Erdöllieferant. Das Aussendepartement (EDA) lobt auf seiner Website die bilateralen Beziehungen und lässt verlauten, die Schweiz messe der «Förderung der guten Regierungsführung» in Aserbaidisch grosse Bedeutung bei. Tatsächlich wäre in dieser Hinsicht viel zu tun; Aserbaidisch ist eine korrupte Erbdiktatur, die Bürger- und Menschenrechte mit Füßen tritt. Der renommierte amerikanische Think-Tank Freedom House vergibt Aserbaidisch 10 von 100 Demokratiepunkten und der Türkei beschämende 32 Punkte – Tendenz sinkend. Beide Länder gehören damit zur Kategorie «not free», im Gegensatz zu Armenien (53) und Arzach (34), die als Transitionsdemokratien mit «partly free» bezeichnet werden – Tendenz steigend.

Als prominentes Beispiel für die gute technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit nennt das EDA die staatliche aserbaidische Energiegesellschaft Socar. Diese ist jüngst international mit ihrer schändlichen Kriegstreiberei aufgefallen.

Die dem EDA zugehörige Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) unterstützt Aserbaidischland mit jährlichen Millionenbeträgen. Auf diese Weise fördern die Schweizer Steuerzahler die «lokale Kunst und Kultur», die «wirtschaftliche Stärkung der Frauen», «bessere öffentliche Dienstleistungen und Gouvernanz» und anderes mehr. Aserbaidischland generiert zwar als erdölfördernder Staat einen gewaltigen Reichtum – nicht zuletzt mit den Lieferungen an die Schweiz. Statt aber damit die eigene Volkswirtschaft und die Zivilgesellschaft zu entwickeln, versickert das Geld in den Taschen der Kleptokratie und wird in Waffen investiert, mit denen gegenwärtig Nagorni Karabach verwüstet wird. Wer in Aserbaidischland öffentlich Kritik übt, verschwindet im besten Fall hinter Gittern. Über die Resultate der «Förderung der guten Regierungsführung» in Aserbaidischland durch die Schweiz ist nichts bekannt.

Was Karabach betrifft, pflegt das EDA eine inhaltliche und begriffliche Darstellung, die Aserbaidischland gefällig ist. Die aserbaidische Botschaft in Bern verweist systematisch auf die «esteemed Swiss Government's position», um etwa Reisen nach Karabach als «unfreundlichen Akt» gegen die Souveränität Aserbaidischlands zu qualifizieren. Über den gegenwärtigen Krieg mag das EDA bloss verharmlosend zu berichten (Stand 9. November): «Die Kampfhandlungen (. . .) fordern regelmässig Todesopfer und Verletzte auf beiden Seiten.» In Wirklichkeit hat

der am 27. September von der aserbajdschanisch-türkischen Allianz entfesselte Vernichtungskrieg bereits Tausende von Todesopfern gefordert, ganze Landstriche verwüstet, Waldgebiete mit Phosphorbomben abgebrannt und zahllose Siedlungen dem Erdboden gleichgemacht.

Insgesamt zeigt sich die offizielle Schweiz beim Aufpolieren der Reputation des korrupten und autokratisch geführten Regimes in Baku auffällig eilfertig. Eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit muss nicht zwangsläufig zu Willfährigkeit führen. Sie böte im Gegenteil eine starke Grundlage, für freiheitliche und rechtsstaatliche Prinzipien einzutreten.

## **Belohnung für die Türkei**

Das Freihandelsabkommen mit der Türkei sistierte der Bundesrat vor rund zwei Jahren wegen des Einmarsches der türkischen Armee in Syrien – ein starkes aussenpolitisches Signal. Seither hat die Türkei ihre aggressive Aussenpolitik im Mittelmeerraum und jetzt im Südkaukasus fortgesetzt. Sie ist unter dem pantürkisch aufgeladenen Präsidenten Erdogan ausser Rand und Band geraten. Um ihre geopolitische Bedeutung aufzuwerten, bricht sie internationale Abkommen, verletzt das Seerecht, tritt als Kriegstreiberin auf und verhöhnt die europäischen Demokratien.

Ausgerechnet jetzt will die Schweiz das Freihandelsabkommen ratifizieren – während andere Staaten wirtschaftliche Sanktionen erwägen. Der politische und imagefördernde Nutzen ist für die Türkei ungleich höher als der wirtschaftliche für die

Schweiz. Woher kommt die Eile, nachdem das  
Aussendepartement noch im Frühling verlauten liess, mit  
diesem Geschäft eile es nicht?

---

**Philipp Egger** ist Historiker und ehemaliger Direktor der Gebert-Rüf-Stiftung, ferner ein Südkaukasuskenner und Ehrenbürger der Ortschaft Hartaschen in Nagorni Karabach.